

Hans Heinz  
Holz



# **KOMMUNISTEN HEUTE**

**Die Partei und  
ihre Weltanschauung**

**EDITION  
MARXISTISCHE  
BLÄTTER**

**NEUE  
IMPULSE  
VERLAG**

Hans Heinz Holz  
Kommunisten heute



Hans Heinz Holz

# **Kommunisten heute**

Die Partei und ihre Weltanschauung

Neue-Impulse-Verlag

2. Auflage Februar 2017

Unveränderter Nachdruck des 1995 ebenfalls im  
Neue Impulse Verlag erschienenen Werkes.  
*Damaliges Lektorat:* Gerd Deumlich und Willi Gerns

Satz und Gestaltung  
Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen  
<http://www.k-mw.de>  
Katernberger Straße 148, 45327 Essen

*Umschlaggestaltung:*  
Frank Münschke dwb

ISBN 978-3-946845-26-3

Alle Rechte vorbehalten  
© Neue Impulse Verlag, Essen 2017  
<http://www.neue-impulse-verlag.de>

# Inhalt

Vorwort . . . . .	7
1. Kapitel: Über die Grundlagen des Selbstverständnisses von Kommunistinnen und Kommunisten . . . . .	9
2. Kapitel: Zu den weltanschaulichen Grundlagen der DKP . . . . .	31
3. Kapitel: Der Charakter einer leninistischen Partei . . . . .	61
4. Kapitel: Klassenkampf . . . . .	83
5. Kapitel: Zur Bestimmung des Epochenbegriffs . . . . .	93
6. Kapitel: Allgemeine Krise des Kapitalismus . . . . .	107
7. Kapitel: Modernisierung oder Klassenkampf? . . . . .	119
8. Kapitel: Überlegungen zum Begriff der politischen Lage . . . . .	139



---

## Vorwort

Als ich 1991 *Niederlage und Zukunft des Sozialismus* veröffentlichte, waren Entmutigung und Resignation unter Kommunisten groß. Die Zerschlagung der Sowjetunion und die Annexion der DDR hatten ihr revolutionäres Selbstvertrauen tief erschüttert. Die Perspektive einer besseren, sozialistischen Gesellschaft schien nicht nur in weite Ferne gerückt, sondern gänzlich verbaut. Es galt, die Ursachen der Niederlage zu begreifen, die Erkenntnis, daß der Sozialismus die geschichtliche Alternative zum Kapitalismus ist, wieder zu befestigen und das Selbstbewußtsein von Kommunistinnen und Kommunisten zu stärken. Dazu sollte das kleine Büchlein einen Beitrag liefern.

Inzwischen hat die kommunistische Bewegung weltweit wieder an Kraft gewonnen; in Deutschland hat sich der Kern der Kommunistischen Partei wieder gesammelt und engagiert sich ebenso in politischen Aktivitäten wie in der Diskussion um die Inhalte zukünftiger Strategie und Organisationsform. Der Doppelaspekt, daß die Krise des Kapitalismus sich zwar verschärft, aber doch mit langen Fristen für revolutionäre Veränderungen gerechnet werden muß, ist allerdings der Nährboden, für die — aus der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht unbekannt — Illusion, auf dem Weg innerkapitalistischer Opposition (oder sogar direkter oder stillschweigender Teilhabe an der Macht) durch Reformen diese Gesellschaft menschlicher machen zu können, also statt Sozialismus nur einen besseren Kapitalismus anzustreben, ja vielleicht den Sozialismus für nichts anderes als einen verbesserten Kapitalismus zu halten.

Heute gilt es also, revolutionäres Bewußtsein in einer nicht-revolutionären Phase der Geschichte wachzuhalten und mit den Oppositionsstrategien, die innerhalb des Kapitalismus angelegt werden, zu vermitteln, damit diese dann über dieses System hinausführen können. Dazu ist theoretische Reflexion unerläßlich. Kommunistinnen und Kommunisten organisieren sich nicht als ein spontaner Interessenverband, sondern als das Kollektivsub-

jekt einer aus theoretischer Erkenntnis der Geschichte hergeleiteten politischen Praxis. Lenin hat dieses Parteiverständnis systematisch ausgearbeitet, seine Einsichten sind bleibender Bestand kommunistischen Selbstverständnisses.

Theoretisch begründete Haltung erwächst aus der Verarbeitung von Erkenntnissen zu einem Gesamtzusammenhang des Wissens und aus ihrer Anwendung, Modifikation und Korrektur in der Praxis. Beide Seiten gehören zusammen — das besagt die Formel von der »Einheit von Theorie und Praxis«. Weil politisch wirksame Theorie in dieser Einsicht entsteht und sich erhält, ist die Frage nach dem Kommunist-Sein nicht ablösbar von der Frage nach der politischen Organisation, der Partei. Denn *politische* Praxis ist immer *organisiert-kollektive* Praxis. Das Individuum bleibt immer privat, wie sehr es auch von den Inhalten der Politik ergriffen und erregt werden mag. *Unus homo, nullus homo* — ein Mensch ist kein Mensch, sagten die Römer. Kommunistinnen und Kommunisten werden zu solchen in der Partei, darum ist die Organisationsfrage nicht nur eine praktisch-soziologische, sondern eine philosophische Wesensfrage.

Vor allem kommt es darauf an, in der nächsten Zeit der jungen Generation Wege in die Alternative zum Kapitalismus aufzuzeigen und ihr gedanklichen Rohstoff zu liefern, so daß sie ihre eigenen Formulierungen ausbilden, ihre eigenen Ziele bestimmen und dann ihre eigenen Aktionen durchführen kann. Dazu bedarf es der weltanschaulichen Orientierung und eines organisatorischen Hauses. Der dialektische und historische Materialismus hat einen solchen weltanschaulichen Rahmen zu bieten, der wie kein anderer dem Wissensstand unserer Zeit entspricht und in sich selbst offen und entwicklungsfähig ist. Robert Steigerwald hat das gerade in seinem Buch *Abschied vom Materialismus? Materialismus und moderne Wissenschaft* (Pahl-Rugenstein Nachfolger 1994) gezeigt, das eine Art Handbuch weltanschaulicher Positionierungen für den politischen Gebrauch darstellt. Das organisatorische Haus müssen wir ausgestalten und erweitern, damit die Menschen, die an der Veränderung der Gesellschaft arbeiten wollen, in ihm ihren Platz haben und sich heimisch fühlen.

---

# 1. Kapitel: Über die Grundlagen des Selbstverständnisses von Kommunistinnen und Kommunisten

Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaften in Osteuropa hat sich unter vielen Kommunistinnen und Kommunisten (und auch in manchen Kommunistischen Parteien) eine tiefgreifende Unsicherheit ausgebreitet darüber, was eigentlich das Wesen einer Kommunistischen Partei ausmache und was die Anforderungen seien, die deren Mitglieder an sich selbst stellen müssen, wenn sie sich als Kommunisten begreifen wollen. Die vielfache Verletzung leninistischer Parteinormen in der Vergangenheit hat das Selbstverständnis von Kommunistinnen und Kommunisten erschüttert und die Leitvorstellungen von einer leninistischen Partei oder einer Partei neuen Typs bei vielen in Verruf gebracht. Diese Unsicherheit hat sich destabilisierend auf die organisatorische Struktur der Partei und auf das Verhalten der Mitglieder ausgewirkt und hat da, wo Neuformierungen Kommunistischer Parteien notwendig wurden, zu Unklarheiten über deren Verfassung geführt. Es geht dabei um die Frage, welches die zentralen Gesichtspunkte sind, von denen her und um die herum der Aufbau der Partei und ihre organisatorische Arbeit vorgenommen werden sollte. Dieses »sollte« schließt die Klärung ein, was im Begriff einer *Kommunistischen* Partei gedacht wird und die Entscheidung, ob man eine solche Partei will. Es geht dabei also um die Statuten der Partei und ihre Realisierung im Parteileben.

Die Statuten einer Organisation sind so etwas wie ihr »Grundgesetz«. Die Prinzipien und Regeln des Organisationslebens werden darin festgelegt, aber auch – und darum geht es hier – das

grundlegende Verständnis, was diese Organisation sei und welches Ziel sie verfolge. Ein Statut ist allgemeiner und fundamentaler als ein Programm, das eine Handlungsweise vorzeichnet und die Umsetzung des Hauptziels in konkreten, also auch sich verändernden Lagen und gegenüber speziellen Problemen zum Inhalt hat. Programme können und müssen von Zeit zu Zeit neu formuliert werden, um geschichtlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Die Wesensbestimmung in den Statuten legt dagegen den *epochalen Charakter einer Organisation* fest.

Daß die Frage nach dem Selbstverständnis einer Kommunistischen Partei auftauchen kann, ist Ausdruck der historischen Lage. Die weltpolitischen Rahmenbedingungen, unter denen eine Partei sich als »kommunistische« definiert, sind nach dem Zusammenbruch des Systems sozialistischer Staaten und der Sowjetunion als der Vormacht dieses Systems andere geworden. Das bedeutet *nicht*, daß die seit dem *Kommunistischen Manifest* leitende Geschichtsauffassung und die aus ihr begründeten Zielvorstellungen des Kommunismus in den Grundzügen andere geworden sind; sonst wäre es eben kein Kommunismus mehr, sondern irgendeine andere Variante des Sozialismus – bürgerlicher, utopischer, kleinbürgerlicher Sozialismus usw. –, wogegen sich ja schon die Autoren des *Kommunistischen Manifests* abgegrenzt hatten. Wohl aber hat sich das politische Feld verändert, in dem Kommunisten *als Kommunisten* handeln – und damit stellt sich die Frage, welche Organisationsform kommunistisches Handeln sich zu geben habe.

Die Grundfrage einer Kommunistischen Partei an sich selbst ist zunächst also einmal die, was die Besonderheit dieser Partei gegenüber allen anderen Parteien die in nicht-sozialistischen Gesellschaften an der Gestaltung des politischen Lebens mitwirken, ausmache. Worin unterscheidet sie sich von ihnen? Was macht Kommunistinnen und Kommunisten, die sich einer Kommunistischen Partei anschließen, zu solchen? Darüber muß Einverständnis bestehen, wenn die Partei nicht bloß eine Wählervereinigung sein will. Eine Eigentümlichkeit kommt schon in der Frage selbst zum Ausdruck. Einer christlichen Partei können offenbar Mitglie-

der angehören, die sich auf ganz verschiedene Weise als Christen verstehen (und vielleicht sogar solche, die das nicht tun); worin ihr Christentum bestehe und was sie an ihrem Tun als christlich empfinden, ist weder für die Mitglieder noch für die Parteiführung genauer festgelegt; die Verbundenheit mit einer unspezifischen und variantenreichen weltanschaulichen Tradition mag genügen. Gilt eine solche Bandbreite auch für eine Kommunistische Partei? Wenn nein, warum nicht? Organisatorisch spiegelt sich diese Alternative in der Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Strömungen und Fraktionen. Und für jede Organisation (nicht nur für die DKP) ergibt sich darüber hinaus das Problem, wie weit ihre eigenen Ziele und Strukturen mit denen anderer Organisationen verträglich sind, bzw. wie weit die Unterstützung anderer Organisationen durch die eigenen Mitglieder wenigstens tolerierbar ist. (Ich erinnere an die Unvereinbarkeitsbeschlüsse z. B. der SPD in bezug auf die Mitgliedschaft in der VVN und später gegenüber den Förderern des SDS. Da wurden klare Abgrenzungen gegen links vorgenommen).

Ich werde im folgenden die Auffassung vertreten, daß die Statuten einer Kommunistischen Partei darüber Auskunft geben müssen, was unverzichtbar von einer Kommunistin bzw. einem Kommunisten an politisch-weltanschaulichen Grundeinstellungen und Verhaltensweisen erwartet wird. Das ist mehr, als üblicherweise in die Statuten von Parteien des bürgerlich-demokratischen Verfassungstyps eingeht. Dieses Mehr bedarf einer Begründung, und diese Begründung muß auch zeigen, was am weltanschaulichen Anspruch der Kommunistischen Partei *wesentlich anders* ist als an dem Weltanschauungscharakter fundamentalistischer Bewegungen. Denn dem oberflächlichen Blick könnte es ja so scheinen, als ob das Festschreiben von Weltanschauungsinhalten einer Partei einen »totalitären« Charakter gibt. In jedem Falle ist für eine deutsche Kommunistische Partei darauf zu achten, daß die Parteiziele und die satzungsmäßigen Pflichten der Mitglieder sich in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz (Art. 9, Abs. 2 und Art. 21) sowie mit dem Gesetz über die politischen Parteien befindet.

Kommunistinnen und Kommunisten werden in ihrem politischen Handeln dadurch bestimmt, daß sie eine in ihren Grundzügen klar umrissene Auffassung von den Bedingungen haben, unter denen die menschliche Gesellschaft sich geschichtlich entwickelt hat und weiter entwickeln wird; dieses Geschichtsbild liefert insbesondere eine Deutung der gegenwärtigen Epoche, also des Zeitalters der durch das Kapitalverhältnis bestimmten bürgerlichen Gesellschaft. Zugrunde liegt die Einsicht,

- daß die Menschen ihre Lebensbedürfnisse durch Produktion (und nicht, wie die Tiere durch Konsumtion in der Natur vorgefundener Lebensmittel) befriedigen;
- daß in der Produktion oder als Folge ihrer gesellschaftlichen Organisation neue Bedürfnisse geschaffen werden, die neue Produktion erfordern, was eine fortschreitende Entwicklung der Produktivkräfte bewirkt;
- daß diese sich ausbreitende und differenzierende Produktion gesellschaftlich und zunehmend arbeitsteilig erfolgt;
- daß die Menschen daher in der Produktion immer komplizierter werdende Produktionsverhältnisse eingehen;
- daß die Produktionsverhältnisse sich den Veränderungen im Entwicklungsstand der Produktivkräfte anpassen müssen;
- daß die arbeitsteilige Produktion zur Herausbildung von Privateigentum an Produktionsmitteln führt und damit die Gesellschaft in Klassen gespalten wird, die in ungleichem Maße am Gesellschaftsprodukt, am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben;
- daß aus Klasseninteressen sich Gegensätze zwischen den Klassen ergeben, die sich zu Klassenkämpfen zuspitzen;
- daß die durch die jeweils bestehenden Produktionsverhältnisse begünstigten Klassen sich der Veränderung der Produktionsverhältnisse widersetzen und die Anpassung der Produktionsverhältnisse an den Stand der Produktivkraftentwicklung im politischen Kampf durch Ablösung von Herrschaftsstrukturen erzwungen werden muß.

Diese Grundsätze, die alle aus dem ersten hergeleitet werden können, bilden das Gerüst eines Erklärungsmodells für die

Menschheitsgeschichte, das als »Historischer Materialismus« bezeichnet wird. Die Stärke dieses einfachen Erklärungsmusters liegt darin, daß alle komplexeren geschichtlichen Vorgänge in diesen Rahmen eingebettet und unmittelbar oder über Zwischenstufen auf diese Grundlage zurückgeführt werden können.

*Primär* werden Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung und das Versagen gegenüber unbewältigten Problemen von Gesellschaft und Produktionsweise natürlich nicht durch eine theoretische Einsicht bewußt, sondern durch die unmittelbaren Erfahrungen des alltäglichen Lebens. Ehe Marx und Engels das *Kommunistische Manifest* verfaßten, hatten sie über *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, über die *Korngesetze* und das *Holzdiebstahlsgesetz* und die *Lage der Moselbauern* geschrieben. Doch Erfahrungen am eigenen Leibe sind immer individuell; daß sie aus *allgemeinen* Produktionsverhältnissen entspringen und daß ihnen *allgemeine* gesellschaftliche Strukturen zugrunde liegen (wenn diese sich auch von Fall zu Fall unterschiedlich manifestieren), kann nur durch die theoretische Verknüpfung der individuellen Erfahrungen und die Entdeckung der in ihnen wirksamen Gesetze, also durch eine Abstraktionsleistung erkannt werden. Denn (wie Hegel sagt) was bekannt ist, ist noch nicht erkannt. Um aber Mißstände zu ändern, muß man sie an ihrem Ursprung bekämpfen, nicht an ihrem Erscheinungsbild. Wo in einer Gesellschaft Elend, Unrecht und Zerstörung aufkommen, muß danach gefragt werden, was an den Organisationsformen dieser Gesellschaft, was an ihrer Verfassung falsch ist und wie die Ursachen des Übels abgeschafft werden können. Damit negative Erfahrungen zu einer *politischen Alternative* werden, bedarf es der theoretischen Erklärung, die die Erfahrungen aus Ursachen und Prozessen verstehbar macht. Je komplexer der Aufbau einer Gesellschaft ist, also je spezialisierter die Produktion, je vielfältiger der Austausch, je differenzierter die Bedürfnisse, um so schwerer sind die zugrundeliegenden Gesetzlichkeiten herauszuschälen, umso undurchsichtiger bleibt der Mechanismus der ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesse. Welcher normale Zeitungsleser wüßte mit den Berichten über das tägliche Börsen-

geschehen etwas anzufangen? Wer kann die Bilanz eines Konzerns entschlüsseln oder den Haushaltsplan eines Landes oder des Bundes? Wie ratlos ist der Rechtsuchende vor den Finessen der Zivilprozeßordnung! Wer kann widersprechende Gutachten über das Waldsterben oder über die Risikobewertung eines Kernkraftwerks beurteilen? Wollte man die politische Kompetenz des Staatsbürgers von den Kenntnissen abhängig machen, über die er verfügen müßte, wenn er in Wirtschaft, Technik, Wissenschaft, Recht usw. urteilsfähig entscheiden sollte, so wäre die Demokratie im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution unmöglich. Hingegen wissen die Vertreter von Privatinteressen auf der Klaviatur der Expertengutachten zu ihrem Nutzen vorzüglich zu spielen.

Es geht also, wenn von Theorie als Grundlage des politischen Handelns die Rede ist, nicht um die unübersehbar gewordenen Spezialkenntnisse auf all jenen Gebieten, die die menschliche Gattung und das öffentliche Leben betreffen. Hier wird die Zersplitterung des Wissens fortschreiten, Experten werden nur noch für immer enger werdende Teilbereiche zuständig sein. Die allgemeine Theorie, die gefordert ist, damit überhaupt gesellschaftliche Entwicklungen noch vernünftig gesteuert und geplant werden können, muß die einfachen Strukturelemente und Prozeßformen aus der verwirrenden Menge der Ereignisse herausheben, um im scheinbar Unüberschaubaren eine Orientierung zu ermöglichen. Politisch mündig ist nur, wer in die Flut von Informationen eine gedankliche Ordnung zu bringen vermag. Aber nicht jeder kann eine private Meinung über dies und jenes und alles in der Welt haben, denn *politisches* Handeln heißt gemeinsames Handeln gemäß einer und derselben Idee. Es ist eine allgemein akzeptierte und geltende Theorie, aus der zielstrebiges politisches Handeln hervorgeht, das nicht bloß auf Interessenkompromisse von Individuen und Gruppen hinausläuft.

Hier wird nun das Besondere einer Kommunistischen Partei deutlich: Sie vertritt nicht die Interessen irgendeiner Gruppe oder ist die Plattform, auf der divergierende Gruppeninteressen miteinander versöhnt werden; sie kann vielmehr nur *kommuni-*

*stisch* sein, wenn sie das Wohl aller erstrebt. Das Wohl aller ist aber nicht aus dem Bedürfnis und Interesse einzelner abzuleiten, sondern nur durch die allgemeine Theorie zu bestimmen, die alle einzelnen aufeinander bezieht und als ein Ganzes auffaßt.

Zunächst einmal ist es selbstverständlich, daß jeder seine individuellen Interessen verfolgt. Und da jeder einen anderen Platz in der Gesellschaft einnimmt, in anderen persönlichen Lebensumständen steht und eigene Wünsche hat, sind die individuellen Interessen durchaus verschieden. In vielen Fällen widersprechen sie sich sogar. Andererseits gibt es gemeinsame Interessen, z. B. die einer Betriebsbelegschaft an menschenwürdigen Arbeitsverhältnissen, die einer Gemeinde an sauberer Luft und klarem Trinkwasser, die der Menschen an der Erhaltung des Friedens. Um die gemeinsamen Interessen durchzusetzen, muß jeder einzelne da und dort von seinen individuellen Interessen Abstriche machen. Aber wo und welche? Was darf die Gemeinschaft von einzelnen fordern, was muß sie fordern? Die Antworten auf solche Fragen ergeben sich nicht von selbst und aufs Zuschauen hin, sondern setzen voraus, daß man die Grundzüge der gesellschaftlichen Prozesse und Widersprüche begreift. D. h. sie erfordern ein theoretisches Verständnis des Allgemeinen.

Was berechtigt uns, für den historischen und dialektischen Materialismus in Anspruch zu nehmen, er sei diese allgemeine Theorie, die nicht nur die besonderen Interessen einer Klasse (oder eine Gruppe in einer Klasse) widerspiegelt, sondern der Ausdruck jener wissenschaftlichen Erkenntnis ist, die das Ganze der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Verhältnisses zur Natur erfaßt, und die zeigen kann, daß und wie die recht verstandenen Interessen jedes einzelnen mit den Interessen allen anderen, mit den Interessen der Gesellschaft und der menschlichen Gattung in Übereinstimmung gebracht werden können? Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen sind alle Formen der Produktion dem Kapital unterworfen. Das Eigentum an Produktionsmitteln ist vermittelt durch das Kapital, d. h. die Investition von Kapital. Wo früher Bauer, Handwerker, Kaufmann je eigene Formen des Eigentums und seiner Reproduktion hatten und also

unterschiedene Klassen von Besitzenden (gegenüber den Besitzlosen) bildeten, hat die Entwicklung der investitionsintensiven Technik seit dem Beginn der Industrialisierung dazu geführt, daß nur diejenigen Eigentümer von Produktionsmitteln werden konnten, die über das notwendige Investitionskapital verfügten. Das investierte Kapital muß sich wiederum erhalten und vermehren (verzinsen). So entwickelte sich aus einer Gesellschaft, in der viele Klassen ihre Interessen gegeneinander austragen und miteinander versöhnen mußten, die Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der es nur noch die Eigentümer von Produktionsmitteln und die Lohnarbeiter gibt, die durch ihre Arbeit den Mehrwert hervorbringen, der die Verzinsung des Kapitals garantiert. Die früher selbständigen Klassen, z. B. die kleinen Handwerker und Bauern, die ja auch Produktionsmittel besaßen und auch heute noch besitzen, sind immer mehr vom Kapital abhängig geworden; sei es als mittelständische Zulieferbetriebe für die große Industrie, die sich bei ihrer eigenen Produktionsmittelausstattung (und also ihren Investitionen) nach den technischen Bedürfnissen und Entscheidungen ihrer Großkunden zu richten haben; sei es als landwirtschaftliche Großbetriebe mit differenziertem Maschinenpark, der ohne Bankkredite gar nicht angeschafft und laufend erneuert werden könnte und der den gleichen Amortisationszwängen unterliegt wie in der Industrie. Alle Zwischenschichten, die sich in einer hoch arbeitsteiligen Gesellschaft erhalten oder auch neu herausbilden (wie z. B. im Dienstleistungssektor), bleiben letztlich dem Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit unterworfen – und es bleiben also nur noch zwei für die Gesellschaftsstruktur bestimmende Klassen übrig: Bourgeoisie und Proletariat.

Beide Begriffe stammen aus dem 19. Jahrhundert. Bourgeoisie und Proletariat haben seitdem – zum mindesten in den Metropolen – ihre Erscheinungsform, ihr Gesicht verändert. Das Kapital ist anonym geworden und nicht mehr in der Figur des Fabrikherren oder Bankiers sinnlich vergegenwärtigt; die Proletarier sind in der Mehrheit nicht mehr die Kumpel im Bergwerk oder an der Glut der Hochöfen, sondern oft hoch spezialisierte